

BLICKPUNKT

Kommunales Mitteilungsblatt der DKP Heidenheim
V.i.S.d.P DKP Heidenheim Stadtrat R. Püschel

BLICKPUNKT Nr. 09

November 2006

Jahrgang 35

Der große Ausverkauf

CDU / Freie Wähler und OB Ilg beschließen den Verkauf DKP fordert kommunales Wohnungsbauprogramm

Von langer Hand vorbereitet - im Hauruck-Verfahren beschlossen. Ohne Atempause, quasi über Nacht wurde dem Gemeinderat in nichtöffentlicher Sitzung eine Entscheidung über die ehemals städtischen Wohnungen abverlangt. Mit 24:12 Stimmen beschloss der Gemeinderat, die GBH-Anteile der Stadtwerke zu verkaufen. Mitgegangen - mitgehangen, so könnte man die Situation beschreiben in die sich die Stadt Heidenheim durch die Privatisierung ihres Wohnungsbestandes während der Amtsperiode von OB Himmelsbach gebracht hat. Die Hauptaktionäre VOITH, Stadt (Stadtwerke), Kreissparkasse HDH und Biberach handelten im Vorfeld diesen Verkauf im stillen Kämmerlein unter sich aus. Diesen hinter verschlossenen Türen abgesprochenen Strategien stimmten dann 24 Gemeinderäte zu.

Politische Moral

Wenn auch viele meinen, das Erscheinungsbild der Stadt habe sich zum Positiven verändert, die politische, Moral ist davon nicht betroffen. Geld stinkt nicht. Was stinkt ist die Profit-sucht der Aktionäre. „Wir verkaufen

doch Aktien und keine Wohnungen“, so ein Argument des Neoliberalen und Immobilienkaufmanns der „Freien Wähler“ Ulrich Grath.



Selbstverwaltungsrecht mit Füßen getreten

Ganz einfach mit jeder vom Gemeinderat gegründeten oder akzeptierten Aktiengesellschaft oder GmbH wird ein Stück kommunale Selbstverwaltung aufgegeben. Das hat der Bürger nicht nur bei Post und Bahn, bei Gas, Strom, bei Renten und Gesundheit zu ertragen, sondern diese von der großen neoliberalen Politik durchgesetzte Strategie wird heruntergebrochen auf die

Städte und Gemeinden; so sind bereits heute zum Beispiel. Stadtwerke, Krankenhaus, Wohnungen, Brenzpark, Schlossberg, in Aktiengesellschaften oder GmbH's umgewandelt und der kommunalen Mitbestimmung entzogen.

Ausbeutung und Aneignung

Die von der GBH, der Stadt und den anderen Aktionären verkauften Häuser samt dem Grund und Boden sind vor Jahrzehnten mit einem großen Anteil von Öffentlichen Steuermitteln gebaut und die Grundstücke zu billigsten Preisen von der Stadt oder privaten Grundbesitzern erworben worden. Über Jahrzehnte haben Mieter, einfache Menschen, treu und brav ihre Miete bezahlt und dazu noch auf privater Basis ihre Wohnung individuell nach eigenen Wünschen verbessert. „Die richtige Maßnahme zum richtigen Zeitpunkt“, so OB Ilg. Ein schwacher Trost. Ein OB ganz auf der Seite der Aktionäre. Mit diesem Verkauf sind endgültig alle Rechte an eine Gesellschaft abgetreten worden, die auch zu Recht in der Presse als eine Heuschrecke, deren Herkunft eine amerikanische Investmentgruppe mit Sitz in

(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

New York City ist, bezeichnet wird. Moderne Ausbeutung und neoliberale Aneignung.

Profit schon verteilt

Für die „Ja“-Sager im Gemeinderat, an der Spitze OB Ilg, die CDU und die neoliberalen „Freie Wähler“, ist der Profit von 40 Mio. schon verteilt. So sollen 15 Millionen Euro auf die hohe Kante, 5 Millionen Euro für Obdachlosen-Wohnungen und 20 Millionen Euro sollen in Jahresraten „verscheppert“ werde. Ob in 10 Jahren unseren Nachkommen noch 20 Mio. Euro zur Verfügung stehen, kann keiner der heute Verantwortlichen garantieren. Die Profiteure wie VOITH und Sparkasse verbessern ihre Liquidität und Kerngeschäfte, die Stadtwerke werden ihr neues Geschäftsfeld, das Wärme-Contracting ausbauen, um so die Mieter stärker wie seither an den Wärmekosten für ihre Wohnungen heranzuziehen.

Überzogene Versprechungen

Fast wie im Schlaraffenland hören sich die sozialen Versprechungen an, die von dem neuen Eigentümer Gagfa den Mietern versprochen werden. OB Ilg steht hier in der Pflicht. Allein sein Hinweis, dass sich für die Mieter

künftig nur der Absender der Miet- und Nebenkostenabrechnung ändert, werden die Mieter zu kontrollieren haben.

Kommunaler Wohnungsbau

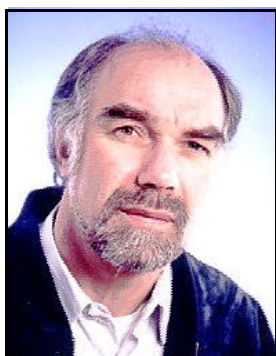
Wenn auch OB Ilg, wie er selbst erklärt, den Wohnungsbau für keine kommunale Aufgabe hält, und so ein soziales Grundbedürfnis den Heuschrecken überlassen will, für die DKP bleibt der kommunale Wohnungsbau ein elementares Grundrecht, das sehr wohl zu den Kernaufgabe einer sozialen Stadt gehört. Bei der Entsendung der Gemeinderäte Lehmann und Wehrmeister sowie OB Ilg in den Aufsichtsrat der GBH haben die Stadträte der DKP, schon allein wegen „Klein Zürich“, den Herren die Zustimmung wegen mangelndem Vertrauen verweigert.

Es wird die Zukunft weisen. Die GBH ist mit ihren Mietern nicht gerade zimperlich umgesprungen. Ob es die Heuschrecke mit den Mietern besser meint ist kaum zu erwarten.

Berichtspflicht und Demokratie

Wem sind die Herren in den Aufsichtsräten verpflichtet? OB Ilg zum Beispiel: gewählt von den Bürgern

der Stadt Heidenheim in Personalunion Aufsichtsratsvorsitzender bei den Stadtwerken AG und in der Grundstücks- u. Baugesellschaft AG. Gewählt und delegiert vom Gemeinderat die Herren Domberg, Zeeb, (beide Stadtverwaltung) Enslin (SPD), Haug (Freie Wähler) Sautter (Grüne) Lehmann (CDU) und Frau Skwara (CDU) in die 100 Prozen-Tochter Stadtwerke AG. Hinzu kommen die Stadträte Lehmann und Wehrmeister in die GBH. Wichtige Informanten für den Gemeinderat oder Geheimnisträger im Interesse der Aktionäre? Die von den Gemeinderäten der DKP immer wieder geforderte Berichtspflicht der Aussichtsratsvertreter aus den Aktiengesellschaften und GmbH's, wurde immer mit dem Hinweis von OB Ilg auf ihre Geheimhaltungspflicht zurückgewiesen. Warum dann die Wahl, wenn sie dem Organ, das sie bestellt, nicht berichten dürfen. Eine Wahl für die Katz. Oder eine Wahl ohne Wert. „Geheimräte“ mit Sitzungsgeld, anders kann dies nicht beschrieben werden. Die Öffentlichkeit sollte auch darüber informiert werden, wo die Triebkräfte dieses Geheimgeschäfts zu suchen sind.



DKP Stadtrat
Reinhard Püschel

Finanzpolitisch hat sich nichts verändert. Ende 2007 wird der Schuldenberg der Stadt Heidenheim auf 51,5 Millionen Euro angewachsen sein. Warum die Städte und Gemeinden in Deutschland verarmt sind, ist leicht heraus zu finden. Bund und Länder kürzen die den Kommunen zustehenden Finanzmittel radikal zusammen. Das im Grundgesetz festgeschriebene Selbstverwaltungsrecht wird somit ausgehebelt. Als Stadtrat bezeichne ich diese unsoziale Finanzpolitik als glatten Verfassungsbruch.

DKP zur Haushaltberatung

Haushaltsrede (Auszüge) und Anträge zum Haushalt 2007

Meine Forderung: Die großen Konzerne und die Superreichen müssen mehr Steuern zahlen. Dieses Geld sollte dann den Kommunen zugute kommen. Der Familien-Clan von Voith (Barvermögen 2,25 Milliarden Euro) und der Familien-Clan der Zementwerke Schwenk (Barvermögen 2,15 Milliarden Euro) könnten deutlich mehr Gewerbesteuer zahlen. In meiner Haushaltsrede am 9. November 06 brachte ich vor dem Gemeinderat klar zum Ausdruck: „Welch ein Widerspruch: die Voith-Familie mit zunehmendem Milliardenvermögen und die Stadt Heidenheim mit zunehmender Verschuldung“. Die DKP fordert daher eine andere, soziale

Finanzpolitik zu Gunsten der Städte und Gemeinden. Diese andere Finanzpolitik scheiterte bisher an den CDU/SPD und GRÜNE Mehrheiten auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene.

Unser klares „Nein“ sagen wir zu dieser Schlossbergbebauung. Obwohl noch kein Spatenstich erfolgte, werde das Projekt größer und teurer als vorher geplant. Das Schlossbergprojekt nützt nur der Industrie. Auch die Rolle der Stadtwerke habe ich kritisiert. Zur Finanzierung fremder Angelegenheiten werde sie herangezogen. Die Defizite müssten aber die Verbraucher über überhöhten Preise bei Gas, - Strom- und Wasserpreise bezahlen.

(Fortsetzung auf Seite 3)

(Fortsetzung von Seite 2)

Ich forderte meine Stadtratskolleginnen und Kollegen, die dem Aufsichtsrat der Stadtwerke angehören auf, sich für eine Senkung des Gaspreises einzusetzen.

Ganz entschieden wandte ich mich gegen den Verkauf der GBH-Aktien

an sogenannte Heuschrecken. Ein solcher Verkauf hat nur Nachteile für die Mieter und Mieterinnen. Die Investoren wollen erklärtermaßen nur Gewinne machen. Eine soziale Verantwortung kennen sie nicht und der öffentliche Einfluss auf die Mietpolitik ist ausgeschlossen.

Als Alternative zum Verkauf der GBH-Aktien fordern wir DKP-Stadträte, ein kommunales Wohnungsbauprogramm zu entwickeln. Die notwendigen finanziellen Mittel sind in den kommenden Haushaltsplänen bereitzustellen.



DKP-Anträge zum städtischen Haushalt 2007

Im neugebauten Gundremminger Atommüll-Lager wurde der erste von 192 Castoren abgestellt. Das „Forum – Gemeinsam gegen das Zwischenlager“ hat wegen der fehlenden Entsorgung jetzt Verfassungsbeschwerde erhoben. Seit 1966 sind schätzungsweise 1.300.000 Kilogramm Brennelementenmüll erzeugt worden. Dieser tödlich strahlende Müll darf nicht in den Lebensbereich von Pflanzen, Tieren und Menschen gelangen. Unfälle oder mutwillige Zerstörung der Anlagen können zur weiträumigen Verseuchung Süddeutschlands führen.

Antrag der DKP:

Die Stadt Heidenheim tritt dem „Forum – Gemeinsam gegen das Zwischenlager“ als Mitglied bei. Das Forum erhält eine finanzielle Unterstützung von 1.000,- Euro

Wohnen ist ein Menschenrecht. Mit dem Begriff „soziale Stadt“ macht die Stadt Heidenheim Werbung für eine gute Sache. Tatsächlich aber entzieht sie sich mit dem Verkauf von GBH-Aktien ihrer sozialen Verantwortung. Die DKP meint hingegen, dass eine Wohnungsversorgung zur Kernaufgabe einer Stadt gehören sollte.

Antrag der DKP:

Die Stadtverwaltung entwickelt ein kommunales Wohnungsbauprogramm und führt Verhandlungen zur Rückführung der GBH-Aktien. Die notwendigen finanziellen Mittel sind in den kommenden Haushaltsplänen bereitzustellen.

Die Zahl der Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten hat sich seit 1991 auf 11 Millionen verdoppelt. Die Armut nimmt überall zu.

Antrag der DKP:

Die Stadt Heidenheim wird keine 1-Euro-Jobs einrichten. Stattdessen reguläre, tariflich bezahlte Ausbildungs- und Arbeitsplätze in ihrem Geltungsbereich schaffen. Familien mit schulpflichtigen Kindern sind von der Zuzahlung bei Lern- und Lehrmittel zu befreien. Darüber hinaus sind die Mietkosten bei Zwangsumsiedlung und die Krankenversicherungsbeiträge für diejenigen Personen, die wegen Hartz IV finanzielle Probleme haben, zu übernehmen.

(Groß)-Veranstaltungen nehmen zu. Sie werden vornehmlich von Veranstaltungsmanagements organisiert und verwaltet. Heidenheimer Vereine und Organisationen werden, schon aus finanzieller Sicht, keine Chance haben, geeignete Räume für ihre Veranstaltungen zu finden.

Antrag der DKP:

Die Stadtverwaltung erlässt eine Satzung, die die finanzielle Unterstützung von Vereinen/Organisationen für die Belegung von öffentlichen Einrichtungen regelt. Bei besonderen Anlässen sind die öffentlichen Flächen und Einrichtungen den Vereinen kostenlos zu überlassen. Im Haushaltsplan 2007 sind dafür 40.000 Euro bereitzustellen.

Ein Schlossberg für die Zukunft? Wer will ihn - wer braucht ihn? DKP sagt „Nein“ zur dieser Schlossbergbebauung

Für OB Ilg und für die Mehrheit der Gemeinderäte kein Problem. Das geplante Luxushotel wird kürzer, dafür höher und die Veranstaltungshalle muss im Gegensatz zur verworfenen

Veranstaltungshalle Brenzpark um einen Tagungsbereich erweitert werden. Knapp 5 Mio. Euro müssen bereits, ohne dass nur ein Spatenstich getan ist, zugelegt werden. Mit

25 Ja und 8 Neinstimmen genehmigte der Gemeinderat die Kostensteigerung. Ja, wir, die Vertreter der DKP, sagen es nochmals ganz deutlich: eine

(Fortsetzung auf Seite 4)

(Fortsetzung von Seite 3)

Veranstaltungshalle Brenzpark treffen die Bedürfnisse für Menschen, Musik, Sport, Kultur, Freizeit, Messen und Ausstellungen besser als eine Schlechtwetterhalle für die Opernfestspiele. Nein, wir zählen uns nicht zu den Zweiflern, den Kleinmütigen, Unschlüssigen und Nörglern, wie es den Grünen zugeschrieben wird. Wir sind für eine großzügige Tourismusgastronomie und eine zukunftsweisende Sanierung der Sportstätten und der Schaffung eines modernen Freizeit und Naherholungsparks vom Schloss bis zum Hochbehälter über dem Katzental. Schade, diese Vision für die Zukunft hat sich nicht durchgesetzt. Der politische 180-Grad-Schwenk von OB Ilg im Oktober 2003, weg von den Bedürfnissen der Bevölkerung hin zu den Interessen der Industrie, beschert den Heidenheimern einen Schlossberg der



Luxuskategorie. Nicht genug damit, die Stadtwerke Heidenheim AG ist auch im Boot. Immer mehr wird die 100%-Tochter der Stadt zur Finan-

verletzen ihre Kernkompetenzen und Kernaufgaben. In Tiefgaragen und Parkplätze zu investieren und sie noch zu betreiben geht an den Aufgaben einer Strom-, Gas- und Wasserverteilungsgesellschaft vorbei“. Der von den neoliberalen „Freie Wähler“ angedachte neue Geschäftsbereich „Tiefgarage/Parkierung“ bei den Stadtwerken anzusiedeln, bedeutet nichts anderes, als den Ausgleich der Defizite den Tarif- und Gebührenzahlern aus der Tasche zu ziehen. Wer den Schlossberg will und wer

zierung kommunaler Projekte, bis hin zum Sponsoring von Vereinen herangezogen. Die DKP Stadträte erklären: „Mit dem Thema Tiefgarage, Parkierung u.s.w. werden den Stadtwerken Aufgaben zugewiesen, die ein ständiges Konfliktpotential darstellen. Derartige Aufgaben den Stadtwerken durch den Gemeinderat zuzuweisen,

ihn braucht ist klar. Die Heidenheimer Industrie. Wer ihn mitfinanziert ist auch klar. Die Bevölkerung als Steuerzahler und nochmals als Verbraucher von Strom, Gas und Wasser. Eine wunderbare Konstruktion zum Wohle der GBH und den Industriebetrieben in der Entwicklungsgesellschaft Schlossberg GmbH Co. KG.



Wird Waldfreibad bald verkauft?

Der neoliberale Trend innerhalb der Stadtverwaltung und im Gemeinderat, insbesondere bei den neoliberalen „Freie Wähler“ um ihren Fraktionsführer Immobilien-Grath, hält unvermindert an. Nicht umsonst titelte die HNP im Oktober den Stadtwerke-Chef Brüner zum „Bäderprinz“ von Aquarena und Waldfreibad. Folgt man der städtischen Privatisierungslinie, alles das, was zur Daseinsfürsorge oder zu den Grundbedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger zählt, zu verkaufen, dann sind Überraschungen nicht ausgeschlossen. Was von der Aufgabe her kommunal zu befriedigen ist, aber Zuschüsse braucht, wird den Stadtwerken auf die Schultern gelegt, sollen halt die Mitbürgerinnen und Mitbürger mit ihren Strom-, Gas- und Wasserrechnungen bezahlen. Stadtverwaltung und Gemeinderat haben so einen Haushaltsposten weniger, der ihnen Sorgen macht. Also nichts wie weg. Was allerdings mit der Privatisierung einhergeht: die kommunalen Mitbestimmungsrechte sind genauso weg. So zahlt der Mitbürger zwei mal. Er zahlt einmal seine Steuern und zahlt zum Zweiten über die Stadtwerke kommunale Einrichtungen. Keine Privatisierung. Die politische Verantwortung gehört in den Gemeinderat und muss dort bleibenbleiben.



vormerken 11. November 2007

Voraussichtlicher Wahltermin des OB in HDH

Geld ist genug da!

Würde der Staat nicht den Konzernen und Superreichen jährlich Milliarden an Steuern schenken, gäbe es keine „leeren Kassen“ weder in den Sozialhaushalten noch in den Kommunalhaushalten.

Die Regierungen von Kohl und Schröder haben den Spitzensteuersatz mehrmals gesenkt (von 53% auf heute 42%), die Körperschaftssteuer mehrmals gesenkt (von 56% auf 25%), die Gewerbesteuer abgeschafft, Steuerfreiheit auf Veräußerungsgewinne gewährt, Steuerflucht und Steuerkriminalität der Unternehmer nicht bekämpft. So verzichtet der Staat jährlich auf hunderte Milliarden Euro und die Konzerne freuen sich.



**Wichtig
für GBH - Mieter
Bei Eigentümerwechsel neue
Mietverträge
nicht unterschreiben!**

8. November 1939 - Georg Elser - Erinnerung an das Attentat von Georg Elser auf Hitler im Bürgerbräukeller in München



Georg Elser Anlage Kranzniederlegung
am Attentatstag durch die Stadt Heidenheim am 08.11.06

An dem von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) 1972 geschaffenen Gedenkstein für den Antifaschisten Georg Elser wurde, nach einem von der Stadtverwaltung durchgeführten Standortwechsel in der Georg Elser Anlage in Schnaitheim, im Rahmen einer Kranzniederlegung zum Gedenken an das Attentat von Georg Elser auf Hitler, erinnert. Zwei Schülerinnen der Hirscheckschule trugen aus der Biografie Elsers vor. Bürgermeister Domberg legte im Namen der Stadt Heidenheim einen Kranz nieder. Domberg erinnerte an die Leistungen der VVN-BdA und an den Georg Elser Arbeitskreis.



DKP Stadträte erinnern an Pogromnacht

9. November 1938

Brief an DB AG Aufsichtsrat Brunnhuber CDU MdB
bis heute nicht beantwortet

Im November 1938 brannten in ganz Deutschland die Synagogen. Überall kam es zu Brandschatzungen und Plünderungen durch Nazis. Die Verfolgung der „Artfremden“ im Deutschen Reich, der Juden, der Sinti und Roma und vieler anderer Opfergruppen, erreichte einen vorläufigen Höhepunkt. 20.000 Menschen wurden verhaftet oder mit Zügen der Reichsbahn in Konzentrationslagern verschleppt. Auf dem deutschen Schienennetz begann die Logistik des Todes. Was in der Nacht vom 9. auf 10. November seinen grausamen Anfang nahm, steigerte sich zu unvorstellbaren Verbrechen. Bis zum Ende des 2. Weltkrieges rollten Reichsbahn-Transporte mit insgesamt 3 Millionen Frauen, Männer, auch Kinder in die Vernichtungslager der Nazis.

Die DKP Stadträte legten zum Gedenken an den Jahrestag in der Sitzung des Gemeinderats Informationen aus. Unter anderem ein Faltblatt der Initiative 11.000 Kinder, in dem auf die Deportation von Kindern aus Frankreich in das KZ Auschwitz aufmerksam gemacht wurde. Sie verteilten auf den Bahnsteigen in HDH ein Infoblatt an die Fahrgäste. Die Stadträte brachten in diesem Zusammenhang den antifaschistischen Gedenkstein vor dem Rathaus in Erinnerung.



Modernisierungsmaßnahmen Für viele Mieter eine Zumutung

Die GBH hat notwendige Sanierungsmaßnahmen an ihren Miethäusern und Wohnungen lange Zeit vernachlässigt. Während die Mieter pünktlich und brav ihre Mieten bezahlen, hat sich die Bausubstanz ihrer Wohnungen ständig verschlechtert. Die immer stärker werdenden Proteste der Mieter, zu deren Gelingen auch die DKP mit beitrug, haben die GBH gezwungen, endlich die notwendigen Modernisierungsmaßnahmen vorzunehmen. DKP-Stadtrat Reinhard Püschel am 9. November 2006 im Gemeinderat: „Jetzt darf die notwenig gewordene Sanierung nicht zu Lasten der Mieter und erheblichen Mietkosten führen“. Es gibt nicht wenige Wohngebiete in Heidenheim, die Modernisierungsmaßnahmen noch vor sich,

mitten-drin oder schon hinter sich haben. Für viele Mieter war es schlichtweg eine Zumutung. Baumaßnahmen in der Wohnung, im Keller, Bühne, Hausgang und vor dem Haus. Man konnte die Toilette nicht benutzen, kein Wasser noch Strom und die Wohnungen waren nur zum Teil benutzbar. Mal waren die Bauarbeiter da und dann für ein paar Tage nicht mehr. Jedenfalls wurden die vorgegebenen Baufristen etliche Wochen überschritten. Die finanziell kleine Mietminderung, die die GBH den Mietern gewährt ist ein Hohn. Mindestens das Drei -bis Vierfache an finanziellem Entgegenkommen seitens der GBH an die Mieter hätte herauspringen müssen. Denn die GBH hat genug Geld.

DGB - Aktionstag 220.000 machen Druck gegen Sozialabbau

„Das war der Start. Jetzt müssen wir einen langen Atem haben.“ So der IG Metall-Vorsitzende Peters zu den DGB-Demonstrationen am 21. Okt 06 in Berlin, Dortmund, Frankfurt, München und Stuttgart. Jawohl, recht hat er mit der Losung von Willi Bleicher: „Millionen sind stärker als Millionäre“. Der Protest muss weiter gehen. Peters ist mit dieser Aussage auf der Linie des DGB-Vorsitzenden Sommer, der auch in Stuttgart dafür eintrat, den Protest fortzusetzen. In Stuttgart warnte der DGB-Vorsitzende Sommer vor einem „zynischen Rentenkürzungsprogramm“ der Bundesregierung. Er forderte angesichts der Ausbildungskatastrophe eine Ausbildungsplatzabgabe für Unternehmen. „Wer nicht ausbildet, der muss zahlen.“ Sommer kritisierte die Steuerpolitik der Regierung, „die den Konzernen neue Steuergeschenke beschert und den Staat weiter arm macht. Zu den großen Lebenslügen der deutschen Politik gehört, dass man den Unternehmern nur genügend Geld in den



Rachen werfen muss und dann werden sie sich schon mit Arbeitsplätzen bedanken. Genau das werden sie nicht tun.“ Es kommt jetzt darauf an, mit weiteren Aktionen den Druck auf die große Koalition aus Regierung und Kapital zu erhöhen und ein Widerstandsnetz gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung zu knüpfen. Dazu ist es höchste Zeit. Der DGB und seine Einzelgewerkschaften müssen die Führung behalten.



Kommunistischer Jugendverband Tschechiens verboten Solidaritätsschreiben der DKP

In der Situation der widerrechtlichen Auflösung der KSM durch die Staatsorgane der Tschechischen Republik protestieren wir gegen staatliche Willkür, Unrecht und Antikommunismus.

Verbote und Auflösungen kommunistischer Organisationen sind der Versuch, Widerstand gegen herrschende Politik zu brechen, auch um reaktionäre Formen der Machtausübung durchzusetzen.

Mit antikommunistischen Verleumdungen soll von der Zuspitzung der Widersprüche in der Gesellschaft selbst abgelenkt werden. Kriminalisierung und Verfolgung von Kommunistinnen und Kommunisten trifft auch alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte. Das gesellschaftliche Klima wird nachhaltig reaktionär verändert.

Dies wissen wir nur zu gut aus den Erfahrungen des Faschismus von 1933 bis 1945 und des Verbots der KPD, das 1956 verkündet und bis heute nicht aufgehoben wurde.

Das Verbot gegen die KSM ist kein Ausdruck der Stärke. Es verrät, dass die herrschende Politik immer weniger Legitimation findet und die Positionen des wissenschaftlichen Sozialismus wieder mehr Beachtung finden. Der Kapitalismus ist weder stabil, noch ist seine Existenz das Ende der Geschichte. Sozialismus wird sich durchsetzen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir wünschen Euch in dieser Situation viel Kraft und Mut.

Auf unsere Solidarität könnt Ihr jederzeit vertrauen.
Heinz Stehr -Vorsitzender der DKP-



**Gegen
Kapital &
Kabinett -
Agenda 2010
muss weg!**

DKP
Deutsche Kommunistische Partei



Karikatur: Bernd Bücking